Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuiller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verbandes

Nr. 3 / 40. Jahrgang | Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 30 Pf. | Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brückenstraße 10b Fernsprecher: Moritzplatz 2120 | Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos | Berlin, 22. Januar 1926

Amerikanische und deutsche Methoden zur Hebung des Konsums.

Es dürfte bekannt sein, daß der Automobilfabrikant Ford seinen großen Massenabsatz an Automobilen nicht zuletzt der klugen Organisation der Errichtung von Verkaufsstellen in allen Ländern verdankt. Weniger bekannt ist wohl sein Verkaufssystem, das auf dem der Teilzahlung resp. Abzahlung beruht. Dieses Abzahlungssystem scheint nach anderen Meldungen in Amerika überhaupt eine der Methoden zu sein, welcher die große wirtschaftliche Prosperität zu verdanken ist. Allerdings hat die günstige finanzielle Lage der amerikanischen Industrie- und Handelswelt wohl den ersten Anstoß zu dieser Konsumfinanzierung durch Gewährung einer Ratenzahlung gegeben. In Deutschland gibt es ja auch eine ziemlich bedeutende Anzahl von Abzahlungs- und Kreditgeschäften, doch ist diese Art des Warenverkaufs hier nicht besonders rühmlich. Einmal sind die Preise entsprechend höher als bei der Barzahlung und dann sind die Kaufverträge derart zugunsten des Verkäufers abgefaßt, daß der Käufer Gefahr läuft, wenn er die Ratenzahlung nicht einhalten kann, Anzahlung und Ware zu verlieren, weil sie Eigentum des Verkäufers bleiben, bis die Kaufsumme getilgt ist.

In Amerika scheint dieses Abzahlungssystem einen viel größeren Umfang zu haben. So wird berichtet, daß weniger als 50 Proz. der Umsätze in den großen amerikanischen Warenhäusern Barverkäufe sind. Die meisten Leute in Amerika hätten ein oder mehrere sogenannte charge accounts in den Warenhäusern. Alle Käufe werden ihnen à conto geschrieben und sie erhalten am 10. jeden Monats die Rechnung. Im Durchschnitt sollen auf Grund dieser Einrichtung die Verkaufshäuser das Geld für ihre Ware immer erst nach zirka 2½ Monaten nach dem Verkauf hereinbekommen.

Dieses Entgegenkommen der finanzkräftigen Geschäftsleute an das Publikum soll nicht zum wenigsten dazu beitragen, die Absatzmöglichkeiten zu steigern und den inneren Markt zu beleben. Ohne diese Konsumfinanzierung wäre die Ausdehnung von Warenhauskonzernen über das ganze Land, die Umsätze erzielen, die über 200 Millionen Dollar hinausgehen, unmöglich gewesen, ebenso die Produktionssteigerung der Automobilfabriken.

Woher die Mittel kommen zur Durchführung dieser Kreditgewährung zur Steigerung des Konsums, ob von den großen Bankinstituten, wird nicht angegeben. Weiter ist bemerkenswert, daß trotz dieser gesteigerten Kaufkraft und Nachfrage nach Waren aller Art das Preisniveau keine merkliche Erhöhung erfahren hat. Daraus ergibt sich, daß Nachfrage und Angebot sich so ziemlich ausgleichen müssen. Dabei ist beachtlich, daß Amerika nicht nur die eigene Produktionskapazität in der Nachkriegszeit bedeutend erhöht hat, sondern auch noch große Mengen an Waren aus dem Ausland einführt.

In Fachkreisen herrsche die Auffassung, daß diese Methoden, den Konsum zu steigern, einen ausgleichenden Einfluß auf die Konjunkturgestaltung haben. Weil die sonst periodisch wiederkehrende Ueberproduktion auf Mängel in der Warenverteilung und auf mangelnde Kaufkraft, also auf Gegensätze zwischen Produktion und Konsumtion beruhen, hat diese Auffassung ihre Berechtigung.

Ob freilich solche amerikanische Methoden ohne weiteres auf andere Länder übertragen werden können, ist eine andere Frage. Vor allem hängt das ab von dem Vorhandensein einer entsprechenden Finanzkraft und von der Kreditfähigkeit der Bevölkerung.

Menschen, die durch lange Arbeitslosigkeit heruntergekommen sind, werden nur dann Kredit erhalten, wenn der Kreditgeber sich einigermaßen gesichert weiß, daß er in absehbarer Zeit sein Geld bekommt. In Amerika wird jedenfalls der Personenkreis, der ein gesichertes Einkommen besitzt, und somit für die Geschäftsleitung der Warenhäuser als kreditfähig in Betracht kommt, groß genug sein, um das Verkaufssystem auf Ratenzahlung zu langfristigem Termin und ohne erheblichen Preisaufschlag gegenüber den normalen Preisen gegen Barzahlung rentabel zu machen.

Wie bekannt sein dürfte, ist in Amerika das System des Verkaufs von Automobilen auf Abzahlung in großem Umfang durchgeführt. Darauf wird auch die außerordentlich starke Verbreitung des Automobils als Transport- und Verkehrsmittel zurückgeführt. Dadurch wird auch der Arbeiter in die Lage gebracht, sich ein Automobil anzuschaffen.

In Deutschland ist man neuerdings zwar auch bestrebt, den Automobilverkauf auf Abzahlung zu organisieren, aber wie? Ganz nach dem unrühmlichen System der deutschen Abzahlungsgeschäfte im allgemeinen ist auch der Verkauf von Automobilen auf Abzahlung auf eine unverschämte Ausbeutung und Uebervorteilung der Käufer zugeschnitten.

In der „Germania" Nr. 570 wurde kürzlich dazu folgendes ausgeführt:

„Die zurzeit in Deutschland regste Finanzierungsgesellschaft ist die „Amstea". Financing Corporation for Steel Engineering and Automotive products G. m. b. H. in Berlin, die bereits über ein Vertreternetz von etwa 4000 Personen verfügt und trotz ihrer schweren Bedingungen gut ins Geschäft gekommen ist. Die „Amstea" verlangt vom Kunden beim Kauf eines Wagens 25 Proz. Anzahlung und 9 Proz. Provision vom Kaufpreis des Wagens. Der Händler hat außerdem eine Provision von 10 Proz. vom Kaufpreis des Wagens zu zahlen. Um diese Konditionen an einem praktischen Beispiel zu erläutern, sei angenommen, daß der Kaufpreis des Wagens 10 000 Mk. beträgt. Der Kunde hat dann zunächst 25 Proz., das sind 2500 Mk., plus 9 Proz. vom Kaufpreis, also von 10 000 Mk. = 900 Mk., also insgesamt 3400 Mk. an die „Amstea" zu bezahlen. Vom Händler erhält die „Amstea" weiterhin eine Provision von 10 Proz. von 10 000 Mk. = 1000 Mk., so daß also die „Amstea" vom Kunden und Händler zusammen insgesamt 4400 Mk. erhält. Sie selbst braucht also nur noch 5600 Mk. aus Eigenmitteln vorzustrecken und dem Händler zu überweisen. Der Kunde ist nach Erlegung der Anzahlung der „Amstea" also noch 7500 Mk. schuldig, die er in zwölf Monatsraten je 625 Mk. abträgt. Wenn man also diese Provisionen unter der Berücksichtigung, daß sich der vorgelegte Betrag jeden Monat um 625 Mk. verringert, auf Zeitzinsen umrechnet, gelangt man zu der enormen Ziffer von rund 80 Proz. Zeitzinsen. Die Bedingungen der übrigen Finanzierungsgesellschaften sind entgegenkommender, aber auch noch immer, an der deutschen Kaufkraft gemessen, viel zu teuer. A. Lehner u. Co., Berlin, verlangen 25 Proz. Anzahlung, natürlich ebenso wie die „Amstea" Versicherung gegen Kasko und Haftpflicht. Der Händler hat eine Provision von 7 Proz. der kreditierten Summe und der Kunde eine solche von 12 Proz. der kreditierten Summe zu zahlen. Diese Konditionen, auf dieselbe Weise auf Zeitzinsen umgerechnet, ergeben einen Satz von 35 Proz. pro Jahr. Das Abzahlungsziel beträgt meistens 12 Monate. Der Händler muß bei dieser Gesellschaft sein Giro auf die Kundenakzepte setzen, während die „Amstea" den Händler aus jedem Obligo entläßt. Sowie die „Amstea" also das Geschäft übernommen hat, trägt der Händler kein Risiko mehr, während er bei A. Lehner u. Co. stets weiterhin für den pünktlichen Eingang der Ratenzahlungen mit haftet. Die Motorkreditbank München verlangt eine Anzahlung von 30 Proz., vom Händler eine Provision von 2—3 Proz. vom Verkaufspreis und vom Kunden 6½ Proz. Provision bei einem Ziel von 6 Monaten, 9¾ Proz. bei einem solchen von 9 Monaten und 13 Proz. Provision bei einem Zahlungsziel von 12 Monaten. Auf Zeitzinsen umgerechnet ergeben diese Konditionen einen Satz von 40,4 Proz. pro Jahr."

Man wird nicht behaupten können, daß dieses System der Automobilverkäufe auf Abzahlung geeignet erscheine, den Konsum an Automobilen erheblich zu fördern. Wer solche Zahlungsverpflichtungen eingeht, muß seinen eigenen Geschäftsbetrieb ebenfalls auf solche wucherischen Grundlagen aufbauen, sonst kann er die Bedingungen unmöglich erfüllen.

Nach den Berichten über die amerikanischen Warenhäuser und ihre Geschäfte müssen diese geradezu glänzend gewesen sein. Nach Zeitungsnachrichten sind auch die Aussichten auf gute Geschäfte weiter sehr günstig. Allerdings wird in dem Ueberhandnehmen der eingangs geschilderten Abzahlungssysteme eine gewisse Gefahr erblickt. Diese ist zweifellos aber erst dann vorhanden, wenn die Volksmassen erwerbslos sind und die eingegangenen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr einhalten können.

Bei uns in Deutschland herrschen auf allen Gebieten rückständige Zustände, das ergibt sich bei allen Vergleichen. Die herrschenden Klassen sind wie mit Blindheit geschlagen, alles, was sie auch angreifen, gereicht den Volksmassen zum Nachteil.

Zum Verbandstag in Hamburg.

I.

Die paar Monate bis zum Tage, wo in Hamburg unser Verbandstag zusammentritt, werden rasch vergehen. Um so mehr erscheint es notwendig, bis dahin die notwendige Klarheit zu schaffen über die Aufgaben dieses unseres zweiten Verbandstages nach dem 1920 in Halle erfolgten Zusammenschluß mit dem Tapeziererverband. Es ist naheliegend, daß man sich bei solcher wichtigen Veranlassung, die für das künftige Wohlergehen des Verbandes die Wege bereiten soll, auch ein wenig in die Vergangenheit vertieft.

Daß der Zusammenschluß erfolgt ist, geschah, weil die wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnisse dazu drängten. Die wirtschaftlichen Zustände erforderten eine breitere Kampffront und die organisatorischen Zustände verlangten eine bessere Konzentration und bessere Ausnützung der vorhandenen agitatorischen Kräfte. Es wurde deshalb in Halle versucht, durch eine zweckmäßig erscheinende Gau- und Bezirkseinteilung das Verbandsgebiet möglichst erfolgreich zu bearbeiten.

Es ist das anfänglich auch soweit gelungen, doch machte uns bekanntlich die schwere Zeit, die mit der Inflationsperiode über Deutschland hereinbrach, alles zuschanden. Mit der Stabilisierung unserer Währung mußte auch der Neuaufbau des Verbandes organisatorisch und hauptsächlich auch finanziell von vorn begonnen werden.

Schon vor dem Verbandstag in Offenbach wurden viele Bedenken laut gegen dessen Stattfinden. Es war jedoch gut, daß er damals, am 7. Juni, stattgefunden hat, denn im Herbst wäre es nicht mehr möglich gewesen ihn abzuhalten, bei der rasend sich steigernden Geldentwertung.

Es hat allerdings manches Bedenkliche, sich mit dem, was alles auf dem Offenbacher Verbandstag zur Verhandlung gebracht wurde, zu beschäftigen. Deshalb mag es genügen, die wesentlichsten Verhandlungspunkte kurz in Erinnerung zu bringen. Außer den Geschäftsberichten stand auf der Tagesordnung: Stellungnahme zum Industrieverband, Aenderungen im Statut, Anträge und ein Vortrag über das neue Arbeitsrecht.

Die Frage der Industrieorganisation ist durch die Beschlüsse des Breslauer Gewerkschaftskongresses vorerst verabschiedet. Der Furor, mit welchem vor drei Jahren diese Frage diskutiert wurde, hat einer kühlen Beurteilung weichen müssen. Wo wirtschaftliche und taktische Notwendigkeiten einzelne Berufsverbände zum Zusammenschluß oder zum Anschluß an bestehende größere Industrieverbände drängen, wird dies zweifellos nach wie vor stattfinden, ohne daß ein außergewöhnlicher Druck mit terroristischen Mitteln erforderlich sein dürfte.

Die Statutenberatung in Offenbach stand nach unserem Dafürhalten auch unter dem Druck der damaligen Verhältnisse und den Eindrücken, welche die Vertreter unserer Mitglieder von diesen Verhältnissen hatten. Das soll kein Vorwurf für den einzelnen sein, der zweifellos seiner besten Ueberzeugung gemäß gestimmt hat. In einer solchen Betrachtung muß auch die Frage gestellt werden, wie sich die in Offenbach gefaßten Beschlüsse ausgewirkt haben.

Die Bildung von Lehrlingsabteilungen zum Zwecke der Belehrung und beruflichen Ausbildung der Lehrlinge, wie ein solcher Beschluß lautet, ist wohl in den größeren Städten durchgeführt worden. Soweit wir über die Tätigkeit dieser Lehrlingsbildungsarbeit informiert wurden, war das Feld, das da zu bearbeiten ist, sehr steinig und die Ernte ist auch demgemäß etwas mager ausgefallen. Durch verschiedene Zuschriften wurde uns bekannt, daß es sehr schwer ist, das Interesse unseres jugendlichen Nachwuchses wachzuhalten. Und doch muß diese Arbeit von örtlichen Stellen aus getan werden, da hilft kein anderes Mittel. Die Anregung von der Zentralverwaltung des Verbandes hilft allein nicht weiter. Es dürfte auch noch manche Ortsverwaltung geben, wo dieser Beschluß nicht ausgeführt worden ist.

Ein wichtiger Antrag war zweifellos auch jener, daß Mitglieder des Hauptvorstandes und des Ausschusses nicht auch gleichzeitig Mitglied der Ortsverwaltung sein sollten. Es ist auch in dieser Frage nicht ganz leicht, durch formale Bestimmungen immer das Richtige zu treffen. Einmal läßt sich nicht leugnen, daß Mitglieder und zumal wenn sie Angestellte einer Ortsverwaltung sind, mehr oder weniger von ihrer örtlichen Interessensphäre in ihrer Auffassung beeinflußt sein werden. Das läßt sich beim besten Willen nicht immer streng von den zentralen Gesichtspunkten, die den Gesamtvorstand leiten sollen, trennen. Andererseits wird die Erfahrung und Sachkenntnis in allen praktischen Fragen der Verwaltung, der Organisation und der Agitation, über die tüchtige Funktionäre verfügen, den Verbandsmitgliedern abgehen, die über die Werkstatt kommen. Es gibt natürlich, zumal in der Großstadt, immer eine nicht geringe Anzahl intelligenter Mitglieder, die auf Grund von Funktionärtätigkeit über alle Erfahrung und Kenntnisse verfügen, die bei Mitgliedern der genannten Körperschaften wünschenswert sind.

Es wird demnach wohl das richtigere sein, wenn der Hauptvorstand so zusammengesetzt wird, daß bei seinen Beschlüssen jede Möglichkeit vermieden wird, daß sie durch gewisse örtliche Wünsche und Interessen beeinflußt werden könnten.

Die Mitglieder des Hauptvorstandes sollen bei all ihren Entschlüssen und Entscheidungen stets das Gesamtwohl des Verbandes im Auge haben. Bei allem guten Willen, objektiv zu urteilen, spielt jedoch erfahrungsgemäß immer die örtliche Erfahrung und das Milieu, in dem der Mensch lebt, eine mehr oder minder bestimmende Rolle in seiner geistigen Einstellung.

Dies kam auch in Offenbach mehrfach bei der Beratung der Anträge zum Ausdruck, so z. B. beim Antrag

48, welcher dem Hauptvorstand sozusagen die Hände bindet, in einer Verwaltungsstelle Ordnung zu schaffen, falls sich dies im Interesse der Gesamtbewegung als notwendig erweist. Wenn es einer örtlichen Generalversammlung beliebt, ortskundige Schädiger des Verbandes dennoch als Funktionäre zu behalten, so hat der Hauptvorstand, der doch am Ende nach innen und außen auch die Verantwortung für die Handlungen solcher Personen zu tragen hat, keine Möglichkeit, Abhilfe zu schaffen. Solche Anträge konnten eben nur zur Annahme gelangen unter der damals herrschenden Psychose in unseren Mitgliederkreisen.

Ein ebenso aus der damaligen Stimmung gezeugter Antrag war jener, durch welchen Ortsverwaltungen mit Beamten 33⅓ Proz. als Anteil an den Beiträgen gegeben wurde. Eine Konferenz von Vertretern der größten Städte hat diesen Beschluß, der unhaltbar war, bereits korrigiert.

Daß die in Halle beschlossene Instanz eines Verbandsbeirats in Offenbach wieder beseitigt wurde, war auch kein besonders glücklicher Beschluß, denn die Einberufung einer Städtekonferenz beweist doch unzweifelhaft, daß Situationen eintreten können, in welchen für den Hauptvorstand das Bedürfnis entsteht, sich mit einem größeren Kreis prominenter Vertreter der Mitglieder zu beraten über die zu unternehmenden Schritte.

Unser Vorsitzender, Kollege Blum, hat bereits in dem Artikel in Nr 1 dieser Zeitung zum Hamburger Verbandstag zum Ausdruck gebracht, daß über die Periode Offenbach—Hamburg manches Unerfreuliche zu sagen sein wird. Wer unser Verbandsorgan in dieser Zeit aufmerksam gelesen hat, dürfte darüber auch im Bilde sein. Es ist da oft zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden Körperschaften Hauptvorstand und Verbandsausschuß gekommen, die tatsächlich im höchsten Grade unerfreulich waren. Jedenfalls muß der Verbandstag in Hamburg Mittel und Wege finden, die in der Zukunft solche unerquicklichen Erwürfnisse verhüten.

Bei der Beratung der dem Verbandstag zu unterbreitenden Anträge sollte man in den Mitgliedschaften alle diese Erfahrungen „objektiv-sachlich" würdigen und immer das Gesamtinteresse dabei in den Vordergrund stellen. Man sollte auch bedenken, daß der Hauptvorstand keine anderen Aufgaben und kein anderes Ziel bei allem seinem Tun und Lassen kennt, als wie er den Gesamtverband in seiner Kampfkraft fördern kann. Deshalb ist es verfehlt, Anträge zu stellen, die nur von Mißtrauen gegen den Hauptvorstand zeugen und von dem Bestreben diktiert sind, seinen Einfluß auf die örtlichen Instanzen zu untergraben. Wenn der Verband gedeihen soll, muß er einheitlich und konsequent in allen seinen Teilen geleitet werden; dem müssen sich auch die örtlichen Leitungen anbequemen, auch dann, wenn sie anderer Meinung sind.

In Offenbach war z. B. ein Antrag gestellt (Antrag 60), der verlangte, daß in § 26 Absatz 1 gestrichen werden solle, wonach Arbeitseinstellungen nur mit Genehmigung des Hauptvorstandes erfolgen dürfen. Der Verbandstag hat diesen Antrag zwar abgelehnt, doch ist in der Praxis immer nach den Bestimmungen gehandelt worden? Haben Arbeitseinstellungen immer erst dann stattgefunden, nachdem sie der Hauptvorstand genehmigt hatte? Wir wollen die Frage nur aufwerfen, es würde zu weit führen, näher darauf einzugehen und einmal festzustellen, wo und wie und von wem gegen diesen Passus unseres Statuts schwer gesündigt wurde.

Hoffentlich siegt auch hier bei den zu stellenden Anträgen die Einsicht, daß der Hauptvorstand, welcher doch alle Arbeitseinstellungen finanzieren soll, auch die Möglichkeit hierzu haben muß. Dabei ist erste Voraussetzung, daß er die Uebersicht behält und dazu muß er auch das Recht haben, Streiks zu genehmigen oder auch zu verbieten, wenn es die Situation erfordert.

Auch in dieser Frage ist eine objektive sachliche Beurteilung notwendig. Wir geben zu, daß es nicht leicht ist, gerade in diesem Punkte immer Disziplin zu halten. Die örtlichen Verhältnisse, die Wünsche und Hoffnungen der Mitgliedschaften und verschiedene andere Einflüsse spielen da zu sehr mit. Dennoch müssen wir uns hier größte Zurückhaltung auferlegen.

Aufgaben und Eigenschaften der Vertrauensleute.

II.

Da die Gewerkschaft neben den wirtschaftlichen Aufgaben auch erzieherische zu erfüllen hat, so müssen die Vertrauensleute auch auf dem Gebiete der Aufklärung und Schulung tätig sein. Der Vorstand allein kann in dieser Beziehung nicht alles tun, er bedarf dringend der Unterstützung tüchtiger Mitglieder und zumal der Vertrauensleute. Hier kommt es zunächst darauf an, daß die Einsicht in die Zusammenhänge des wirtschaftlichen Lebens verbreitet und vertieft wird, daß die Mitglieder Verständnis gewinnen für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten, daß sie keinen Seifenblasen und Hirngespinsten nachlaufen, sondern mit beiden Beinen auf dem Boden des Erreichbaren stehen bleiben. Tatsachensinn, Unterscheidungsvermögen und Urteilskraft sind wichtige Eigenschaften eines Gewerkschafters, die er sich aber erst im Laufe der Zeit aneignen muß. Vor allen Dingen müssen die Vertrauensleute den Kampf aufnehmen gegen Illusionen und Gefühlsduselei, gegen unerfüllbare Hoffnungen und überspannte Erwartungen, gegen eine jede gefühlsmäßige Behandlung der Dinge. Auf den Verstand der Mitglieder müssen sie zu wirken versuchen, Klarheit müssen sie schaffen, damit die noch ungeschulten, unaufgeklärten Kollegen und Kolleginnen geschützt werden gegen die unheilvolle Wirkung der Schlagworte. Ein Schlagwort bestimmten Inhalts, unter dem sich jeder Hörer und Leser etwas anderes denken kann, wird in die Masse geschleudert und reißt Tausende mit sich fort. Prüft man es auf seinen Inhalt, sucht man den Kern herauszuschälen, so merkt man, daß es eine taube Nuß ist. Welcher Unfug ist z. B. in den letzten Monaten mit dem Worte Sozialisierung getrieben und wieviel dürres Zeug ist darüber geredet und geschrieben worden! Und noch viele andere Schlagworte spielen gegenwärtig eine verhängnisvolle Rolle, indem sie Verwirrung anrichten in den Köpfen und Gemütern und dadurch die Menschen vom nüchternen Denken und ernsten Arbeiten abziehen. Da ist es denn die Pflicht der Vertrauensleute, im Kreise ihrer Kollegen Klarheit und Wahrheit zu schaffen und Licht zu verbreiten. Besonders ist dies nötig, damit die Neulinge in der Gewerkschaftsbewegung die richtigen Begriffe bekommen und nicht Wahngebilden nachlaufen. Aufgeklärte und geschulte Gewerkschafter wissen Bescheid und lassen sich von Schönrednern und Stimmungsmachern keinen blauen Dunst vormachen, aber leider gibt es noch zu viel Leute, die eben erst in die Gewerkschaften hineingerochen haben und nun alles besser wissen, die da meinen, wenn sie zwei Marken in ihr Verbandsbuch geklebt haben, hätten sie alle Weisheit mit Löffeln gegessen.

Auf dem Gebiete gewerkschaftlicher Erziehung und Schulung haben die Vertrauensleute ebenfalls wichtige Aufgaben zu erfüllen. Gerade in der heutigen Zeit, in der alles in Gärung geraten ist, kommt es darauf an, wieder den Gedanken des Rechts und der demokratischen Gleichberechtigung zu Ehren zu bringen. Es muß uns allen die Ueberzeugung in Fleisch und Blut übergehen, daß wir auch fremde Rechte und Freiheiten achten müssen, und daß es dem Geiste der sozialen Demokratie widerspricht, wenn man nur immer auf sein und seiner Gesinnungsgenossen Recht pocht und das Recht der andersDenkenden in rücksichtslosester Weise mit Füßen tritt. Wir müssen wieder lernen, daß jedem Rechte eine Pflicht gegenübersteht, und daß man seine Pflicht tun muß, wenn man sein Recht fordert. Nicht minder auch ist es nötig, daß das Verständnis für das Wesen des Sozialismus geschärft wird. Das Wesen des Sozialismus besteht ja nicht darin, daß jeder Mensch und jede Gruppe das eigene Interesse in den Vordergrund drängt, ohne Rücksichtnahme auf das Wohl und Wehe anderer Menschen; in Wahrheit besteht es darin, daß das Allgemeininteresse höher gestellt wird als das Einzelinteresse, und daß man den eigenen Vorteil dem Allgemeinwohl unterordnen muß. Leider hat der Krieg die sittlichen Begriffe der Menschen in grauenhafter Weise verwirrt und einen sittlichen Tiefstand sondergleichen mit sich gebracht und gerade darum haben die Gewerkschaften noch viel Erziehungsarbeit zu leisten. Die Erziehung zum Solidarismus, zum solidarischen Handeln, ist eine unabwendbare Notwendigkeit geworden, wenn nicht alles aus Rand und Band gehen soll, und da Erziehungsarbeit niemals in großen Versammlungen getrieben werden kann, sondern lediglich in kleineren Kreisen, so sind die Vertrauensleute die berufenen Erzieher ihrer Kollegen.

Sollen die gewerkschaftlichen Vertrauensleute imstande sein, die ihnen zugewiesenen Aufgaben erfüllen zu können, so müssen sie selbst aufgeklärt, erzogen und geschult sein. Hier erwächst der Gewerkschaft die Pflicht, fördernd einzugreifen durch Veranstaltung von Vorträgen und Kursen, durch Herausgabe und Zuweisung belehrender Schriften, durch Einrichtung einer regelmäßig wiederkehrenden Aussprache unter den Vertrauenspersonen zum Austausch der Erfahrungen und in jeder anderen geeigneten Weise. Selbstverständlich müssen sie auch an sich selbst arbeiten, sie müssen sich geistig und sittlich emporringen, damit sie eine höhere Stufe des Menschentums erklimmen. Nur der, der selbst etwas weiß, der selbst sittlich hoch steht, kann Lehrer und Erzieher sein. Jede Freiheit ist im Grunde genommen eine Selbstbefreiung, jede Erziehung eine Selbsterziehung, äußere Einflüsse und Einwirkungen geben wohl Anregungen, aber die eigentliche Arbeit vollzieht sich im Innern des einzelnen Menschen. Diese Arbeit an sich selbst zu verrichten, ist der Stolz eines Kulturmenschen, sie ist auch jene Arbeit, die die größte innere Befriedigung gewährt und der Menschheitsentwicklung den größten Dienst leistet.

Ein altes Wahrwort sagt, daß Worte bewegen, Beispiele aber zur Nachahmung anfeuern, und aus diesem Gesichtspunkte heraus ist es wünschenswert, daß alle Vertrauensleute nicht nur durch ihre Worte wirken, sondern auch durch ihr Beispiel. Eine Vertrauensperson, die vor ihren Kollegen und Kolleginnen tadellos und mustergültig dasteht, die alle geistigen und sittlichen Eigenschaften eines Lehrers und Erziehers in sich vereinigt, braucht nicht viel zu reden und zu raten, sie wirkt schon allein durch ihr Beispiel. Glücklich die Gewerkschaft und die Mitglieder, die recht viele solcher Helfer und Berater ihr eigen nennen.

Zur Gewerkschaftsfrage.

Bekanntlich betonen die führenden russischen Gewerkschaftler stets und ständig, sie wollten die Einheitsfront der internationalen Gewerkschaften herstellen. Ihnen wurde darauf erwidert, daß diese Einheitsfront sofort hergestellt werden kann, wenn sie sich der Amsterdamer Internationale der Gewerkschaften anschließen und ihre Satzungen anerkennen. Das haben sie konsequent abgelehnt. Auf dem russischen Arbeiterkongreß, der kürzlich tagte, hat nun Lozowsky, der als eigentlicher Führer der russischen Gewerkschaften und ihrer Internationale gilt, etwas aus der Schule geplaudert. Er sagte:

Gegenwärtig entfaltet sich ein Kampf zwischen Amsterdam und der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI.) um die Eroberung der kolonialen Arbeitermassen, denn

Internationalität und Ethik.

Die freie Gewerkschaftsbewegung bekennt sich zum internationalen Gedanken. Sie erstrebt Menschenrecht und Menschenwürde. Darum muß sie sich erstrecken auf alles, was Mensch ist. Wenn sie auch in den verschiedenen Ländern natürlich besondere Zusammenschlüsse des schaffenden Volkes hat, so sind diese Zusammenschlüsse nur organisatorische Kampfesformen. Der gewerkschaftliche Gedanke will deshalb nicht das Arbeitsrecht nur des Deutschen hier oder nur des Franzosen dort, sondern er kennt, jenseits der gewiß vorhandenen und berechtigten Eigenart jedes Volkes, als Arbeitsrecht nur ein Recht des Menschen. Ob er diesseits oder jenseits der Grenzpfähle seine Heimat und seine Stätte der Arbeit hat: er ist Mensch, wo er auch wohnt und schafft. Ein Recht haben alle Schaffenden der ganzen Welt, das Recht des Menschen. Und darum zwingt, neben der organisatorisch-praktischen Notwendigkeit, allein schon die sittliche Idee des gemeinsamen Menschenrechts zu einem Kampfe, der keine Grenzen kennt. Der sittliche Menschheitsgedanke ist seinem ganzen Wesen nach umspannend und einend. Du bist Mensch, und darum bist du Kampfgenosse um Menschenrecht.

Damit liegt in der Internationalität des Kampfgedankens eine tiefe Ethik, die die sittliche Auffassung eines selbstgefälligen und dünkelhaften Nationalismus weit überragt. Zu einer ethischen Vertiefung gehört ein Gefühl, das weiter als bis zur engen Landesgrenze dringt, und die Geschichte der Ethik ist ein klarer und bezeichnender Beweis dafür, daß eine Erweiterung der Grenzen geradezu die Voraussetzung zu einer Erweiterung des sittlichen Gefühls gewesen ist.

Wir beschäftigen uns so oft mit den griechischen Philosophen und in den Schulen macht man mit ihren Lehren bekannt. Und doch, wie wenig ethisch war die ganze Ethik dieser griechischen Philosophen, weil sie eine Ethik eines ganz bestimmten kleinen Bezirks gewesen ist. Die griechischen Philosophen dachten nicht über ihre kleine Stadtrepublik, wie Athen, hinaus. Sie konnten nicht über ihre Stadtrepublik hinausdenken. Sie wurzelten wirtschaftlich in einem engen, ganz beschränkten Bezirk und waren darum auch nicht imstande, geistig ihren Blick schweifen zu lassen über ein größeres Feld der ethischen Erfassung. Selbst Plato und Aristoteles, die beiden größten und bekanntesten der griechischen philosophischen Denker, konnten ihr Kulturideal nicht weit dehnen. Nicht einmal ein Volk konnte das Ideal dieser Denker erfassen. Sie kannten nur eine Vervollkommnung innerhalb ihrer städtischen Republik. Eine Erweiterung der Grenzen war ihnen versagt. Es war ein primitiv-ethischer Anfang, der als solcher heute auch von denen erkannt wird, die selbst noch nicht über Grenzen, wenn auch über Volksgrenzen, hinauskönnen.

Das Menschliche hielt erst während der römischen Kaiserzeit seinen Einzug in die antike Ethik. Und warum gerade dann? Erst dann? Weil die wirtschaftlich-politischen Verhältnisse eine Erweiterung der Grenzen gebracht hatten. Bereits als Aristoteles seine Philosophie erdachte, begannen sich die politischen Grenzen zu weiten. Alexander der Große schuf sein Weltreich. Auch Rom wuchs über sich hinaus, und als das römische Weltreich gekommen, da hatte diese Erweiterung des politischen und wirtschaftlichen Blicks auch eine Erweiterung der Ethik gebracht. Da hielt das Menschliche seinen Einzug in die Ethik. Dadurch, daß der Mensch lernte, über enge Grenzen hinauszuschauen, dadurch lernte er auch, über Grenzen hinaus zu fühlen. Die Internationalität, die den gewerkschaftlichen Gedanken erfüllt, ist darum der Boden eines tiefen, umspannenden ethischen Gefühls. Je weiter die Grenzen gezogen wurden, um so mehr wuchs die Ethik in die Tiefe, und nur ein Gefühl, das alle Grenzen bricht, hat tiefsten und letzten ethischen Charakter. Nur aus der Internationalität erhält auch das nationale Gefühl einen reinen und edlen ethischen Inhalt.

Weil das menschliche Gefühl so mit der Erweiterung der Grenzen entstand und sich entwickelte, so wurde auch aus diesem parallel mit den Grenzen wachsenden menschlichen Gefühle das soziale Empfinden. Die griechischen Philosophen unterschieden noch kritiklos zwischen Freien und Sklaven. Für sie ist der Sklave eine selbstverständliche Notwendigkeit. Weil Grenzen sie binden, fehlt ihnen das Menschliche, und darum gibt es für sie den Unterschied zwischen Freien und Sklaven als zwischen Mensch und Ware. Eine Entwicklung ihrer Stadtrepublik kommt für den arbeitenden Menschen, der damals eben Sklave war, nicht in Betracht.

Erst mit der Entstehung des menschlichen Gefühls nach Erweiterung der Grenzen entstand in der römischen Philosophie auch das soziale Empfinden. Die römischen Philosophen standen dem sozialen Leben mit ihrem menschlichen Fühlen kritischer gegenüber. Seneca spricht von der „Natur des Rechts und der Billigkeit", nach der „auch die Gefangenen und Erkauften (Sklaven) schonend zu behandeln" sind. Und es zeugt von einem hohen Grade sozial-menschlichen Gefühls, das wirtschaftliche Klassengrenzen und soziale Klassenunterschiede als unsittlich verwirft, wenn er sagte: „Kein Mensch ist edler als der andere, es sei denn, daß sein geistiges Wesen besser beschaffen und zu besserem Wissen fähiger wäre." In gleicher Art läßt Marc Aurel seine soziale Ethik ausklingen in das Wort: „Liebe das Menschengeschlecht!"

Welch eine Tiefe trägt damit der internationale Gedanke in sich! Je weiter der Mensch die Erde umspannt, um so tiefer fühlt er mit dem Menschen. Erst wenn die Welt grenzenlos, wird auch die Liebe grenzenlos sein, und solange nicht der Mensch mit dem Menschen ohne Rücksicht auf Grenzen fühlt, solange kann auch kein edles, inniges soziales Fühlen sein. Nationalismus und soziales Gefühl sind Gegensätze. Der soziale Gedanke verlangt Internationalität, und die Internationalität findet in der Vertiefung und Versittlichung des sozialen Gedankens ihre edelste Erfüllung. Der soziale Mensch muß international empfinden. Daß der freigewerkschaftliche Gedanke internationalen Charakter hat, das ist gerade ein wesentliches Stück der freigewerkschaftlichen Ethik. Nur aus dieser wachsenden Einheit von sozialem Empfinden und internationalem Gefühl wird einmal werden der neue, wahrhaft tiefliebende Mensch.

Das neue Dessauer Banner.

Den Gedanken: bei gewerkschaftlichen Umzügen, Demonstrationen oder ähnlichen Anlässen ein Banner oder Fahne mitzuführen, um den Kampfcharakter der Gewerkschaften auch rein äußerlich zu veranschaulichen und ein Symbol voranzutragen, um das sich die Ueberlieferung schlingt, hat sich manche Gewerkschaft örtlich zu eigen gemacht. — Die Kassenverhältnisse der Ortsverwaltung

die Amsterdamer verstehen, daß die Vereinigung dieser Massen mit der RGI. ihrem vaterländischen Imperialismus sehr schaden würde.

Auch eine Auffassung, allerdings sehr anfechtbar. Weiter: die Arbeiterdelegationen nach Sowjet-Rußland bedeuten ein Erstarken des linken Flügels in den Amsterdamer Gewerkschaften.

Abgesehen von der Minderheitsbewegung und vom englisch-russischen Einheitskomitee, das einen großen politischen, in der Zukunft auch organisatorischen Schlag für Amsterdam bedeutet.

Man ersieht hieraus, mit welch falschen Parolen die Russen ihre Ziele zu erreichen suchen. Losowski verwirft das Angebot der Amsterdamer Internationale, denn das sei eine Kapitulation nicht nur der russischen Gewerkschaften, sondern auch der gesamten Sowjetunion vor dem internationalen Reformismus. Dies würde die Isolierung der russischen Gewerkschaften von den anderen revolutionären Kräften, die Zerschlagung der Einheitsfront innerhalb des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung und die politische Verbindung der russischen Gewerkschaften mit den Institutionen des Völkerbundes bedeuten. Tomski hätte unrecht, wenn er erklärt habe, man könne gegenwärtig noch nicht genau sagen, worauf die russischen Gewerkschaften in den Verhandlungen mit Amsterdam eingehen werden. Losowski erklärt dagegen: Gegenüber den englischen Gewerkschaften sind Zugeständnisse zulässig, aber niemals gegenüber den Amsterdamern.

Die Verhandlungen mit Amsterdam über den Anschluß nur der russischen Gewerkschaften dürften niemals zum Anschluß führen, denn dies würde nicht nur die Spaltung der RGI., sondern in mehreren Ländern auch die Schwächung der kommunistischen Partei bedeuten. Der Anschluß an Amsterdam käme der Erstarkung der Gegner und der Schwächung der eigenen Reihen gleich.

Losowski hat diesen Standpunkt noch besonders in einer Erklärung formuliert. Der Mann deckt wenigstens ohne Scheu auf, was man von der russischen Taktik zu halten hat.

Ganz anders stellt sich Tomski zu der Gewerkschaftsfrage. Er wandte sich scharf gegen Losowski. Es sei schädlich, unter dem Deckmantel der Einheitsfront auf eine Spaltung hinzusteuern und sich einzubilden, dies würde niemand bemerken. Die Arbeiterschaft werde die Falschheit und Unaufrichtigkeit einer solchen Politik bald herausfinden.

Wer nicht kommunistischer Fanatiker ist, hat das auch längst erkannt und schließt sich von diesem aussichtslosen Treiben ab.

Doch Tomski hat dasselbe Ziel wie Losowski. Jetzt könnten keine Agitationsmanöver, wie sie früher betrieben wurden, gemacht werden, man müsse sich ernstlich mit dem Einheitsproblem beschäftigen. Die vorteilhafteste Losung sei die Einberufung eines Weltkongresses. Doch man dürfe sich dafür nicht zuviel begeistern. In so großen Fragen solle man sich nicht binden. Wenn es die Interessen der Arbeiterklasse und der Arbeiterrevolution erfordern, gingen die Russen in eine beliebige Organisation, zum Teufel oder zum Papst. Tomski sagte weiter: Oft komme es ihm vor, als ob in dem Gerede von der Eroberung der Amsterdamer Verbände etwas Operettenhaftes geschehe. Man singt: „Wir laufen, laufen, laufen", und bleibe doch auf dem Fleck stehen.

Die Ausführungen Tomskis fanden den Beifall der Teilnehmer. Danach ist anzunehmen, daß die Russen künftig ihre Taktik den Verhältnissen anzupassen suchen. Vor allem sind es zwei Fragen, die in Betracht kommen. Entweder Anschluß an die Amsterdamer Gewerkschaften oder der Versuch, durch Einberufung eines Weltkongresses die Führung der gesamten internationalen Gewerkschaftsbewegung in die Hand zu bekommen.

Nach unserem Dafürhalten hat sich in den Gewerkschaften der Kulturländer dieser Erde noch kein überzeugender Beweis bemerkbar gemacht dafür, daß man die Befreiung des internationalen Proletariats aus der Herrschaft des privaten Kapitalismus ausgesprochen von der russischen Führung erwartet. Tomski hat zwar auch gesagt: „Die internationale Arbeiterschaft lauscht auf die Stimme der russischen Gewerkschaften." Das ist jedoch eine Annahme, wo der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen ist. Schließlich sind die Gewerkschaften soweit sie in der Internationale der Amsterdamer Richtung vereinigt sind, doch immerhin ein Etwas, das nicht mit opereltenhaftem Sing-Sang; aber ebensowenig mit einer Taktik der inneren Aushöhlung verwischt werden kann.

Inzwischen werden sich ja auch in Rußland die Verhältnisse weiter klären, wie es bereits in den letzten Jahren geschehen ist. Dies offenbart sich doch auch ganz besonders scharf dadurch, daß man Losowski hat fallen lassen und seine Einstellung als bloße Oppositionsmacherei beiseite geschoben hat, nachdem man solange nach seiner Pfeife getanzt hatte! Die russische Weltrevolutionsromantik findet heute noch weniger einen Resonanzboden in der internationalen Arbeiterschaft als vordem.

Man kann sich auch schwer vorstellen, daß die internationale Weltwirtschaft mit russischen Revolutionsmethoden umgestellt und in sozialistische verwandelt werden könnte. Zunächst müssen wir schon dafür sorgen, daß die Voraussetzungen für die Umstellung der Wirtschaft durch Erziehung und Schulung des Nachwuchses in den verschiedenen Kulturländern geschaffen werden. Ohne daß diese Voraussetzungen erfüllt sind, würden die politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen nur Episoden vorübergehender Natur bleiben. Damit ist den einzelnen Völkern wenig gedient, noch weniger aber der gesamten Menschheit. Ihr kann nur ein Zustand Erlösung bringen, der dauernde Besserung bedeutet.

---

gestatteten im letzten Sommer eine Verwirklichung dieser Idee. Wenn schon — denn schon! Den Entwurf dazu verfertigte ein Künstler von weit über Deutschlands Grenzen bekanntem „Bauhaus". Diese wissenschaftliche und künstlerische Forschungsanstalt für zweckmäßigen und neuzeitlichen Stil wurde im vorigen Jahre von der Thüringer Rechtsregierung aufgelöst. Seine Weimarer Ateliers und Werkstätten sind in Dessau neu erstanden, stark angefeindet vom reaktionären Bürgertum, sympathisch begrüßt von den Gewerkschaften. Zwischen Arbeiter und Künstler wurde eine Brücke geschlagen und so entstand in gemeinsamer Hingabe aus Ideen und Praxis unser Banner. Die Fertigstellung hatte eine hiesige Stickerei übernommen.

Zum Banner selbst ist zu bemerken: es verzichtet auf jede Ornamentik. Die Vorderseite besteht aus rechtwinklichen farbigen Flächen aus reinem Wolltuch — ebenso Rückseite — unter Außerachtlassung jeder Gleichmäßigkeit. Die vorherrschende Farbe ist rot, in den Variationen karmin, zinnober und rosa. Weiter sind noch vorhanden hellblau, ultramarin, grün und gelb. Die Schrift: Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillerverband, Dessau, ist weiße Seide in kräftiger Antiqua. Die Rückseite wiederum rot vorherrschend, sonst noch hellblau, gelb und silber, trägt auf einem Zinnoberbogen, umrahmt von einem schmalen gelben Halbkreis die Worte: „Für Recht und Menschenwürde." Unten schließt die Farbensymphonie mit einer gradlinigen Goldfranse. Das Banner wird durch eine Goldschnur, welche sich mehrmals um eine schwarzpolierte Querstange schlingt, gehalten. Beide Enden der Querstange endigen in je einer Nickelscheibe. Den ebenfalls schwarz polierten Fahnenstock ziert eine etwas größere Nickelscheibe mit kurz gehaltenem spitzen Kegel. Hier ist mit dem Prinzip der Lanzenform gebrochen. Der Sinn des Ganzen ist: Materialechtheit, Freude an der Farbe und Steigerung der Ausdrucksfähigkeit. Letzteres darf wohl in der Art der Farbenverbindung und der plastischen Hervorhebung der Schrift als gelungen bezeichnet werden.

Die Weihe des Banners erfolgte am 24. Oktober 1925. Gauleiter Kollege Busch, Erfurt, sprach dazu rückblickende und anfeuernde Worte.

Otto Elze.

Mitarbeiten!

Du kannst immer und überall mitarbeiten, wenn Du den redlichen Willen hast. Nur Drückeberger finden nie Gelegenheit zur Mitarbeit.

Du mußt Deine Kraft in den Dienst Deines Verbandes stellen; Du mußt mitraten und mitarbeiten, soviel in Deinen Kräften steht.

Du darfst nicht glauben, die andern werden es schon machen. Wenn alle sich auf die andern verlassen, wird nichts getan; wenn alle mitarbeiten, wird jede Arbeit leicht.

Du bist noch kein vollwertiges Mitglied der Organisation, wenn Du nur Deine Beiträge bezahlst, Dich aber sonst nicht um Deinen Verband kümmerst.

Lohnabbau und Preisabbau in der Schweiz.

Nach Kriegsausbruch am 1. August 1914 beeilten sich zahlreiche Unternehmer der Industrie und des Handels in der Schweiz, Lohn- und Gehaltsreduktionen zum Schaden vieler Arbeiter und Angestellter vorzunehmen, und zwar bis zu 50 Proz. Die allgemeine Störung des Wirtschaftslebens, die durch die Ausreise von 60 000 Ausländern zum Militärdienst in ihren verschiedenen Vaterländern sowie durch das Einrücken von 100 000 schweizerischen Soldaten, durch das Stocken des Verkehrs, die Grenzsperre usw. verursacht wurde und die teilweise oder gänzliche Betriebseinstellung zur Folge hatte; ferner die infolge dieser Vorgänge eingetretene Schwächung und Kampfunfähigkeit der Gewerkschaften, die 1913 rund 90 000 Mitglieder zählten, 1915 aber nur noch 65 177, waren für skrupellose Ausbeuter geradezu ein Anreiz, die Lohnverhältnisse zu verschlechtern. Ungeachtet dessen setzte aber bald nachher die von Unternehmern und dem Zwischenhandel betriebene Preistreiberei ein, die bis 1921 fortgesetzt wurde und eine erdrückende Teuerung herbeiführte. Erst im Sommer 1915 wagte die organisierte Arbeiterschaft Lohnforderungen zu stellen und in Lohnbewegungen einzutreten, die in den folgenden Jahren fortgesetzt wurden mit mehr oder weniger Erfolg und im Jahre 1919 mit 1956 (1918: 1800, 1920: 1565) Fällen den Höhepunkt erreichten. Das Jahr 1920, da die Wirtschaftskrise einsetzte, zeigt bereits einen erheblichen Rückgang bei einer immerhin noch bedeutenden Zahl von 1565, die dann aber im schweren Krisenjahr 1921 auf 640 zurückging.

Zur Kennzeichnung der kapitalistischen Wirtschaft sind also drei wichtige Tatsachen festzuhalten: 1. Lohnreduktionen nach Ausbruch des Krieges, 2. Preistreibereien und Verteuerung der gesamten Lebenshaltung bald nach Kriegsbeginn und 3. erst ein Jahr später teilweise und bescheidene Lohnerhöhungen.

Erst die Jahre 1917, 1918 und 1919 brachten bedeutendere Lohnerhöhungen, zum Teil schon nur als „Teuerungszulagen" mit dem Hintergedanken der Unternehmer, diese dann später wieder leichter rückgängig machen zu können als Lohnerhöhungen. Nach der Lohnstatistik der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt in Luzern gestalteten sich die Lohnverhältnisse in der Zeit von 1913 bis 1923, also in einem Jahrzehnt, folgendermaßen, wobei wir uns auf die drei Vergleichsjahre 1913, 1920 und 1923 beschränken wollen:

	1913	1920	1923
	in Rappen (10 R. = 8 Pfg.)		
Werkführer, Meister	73	175	159
Beteiligte	436	430	480
Gelernte u. ungelernte Arbeiter	65	157	138
Beteiligte	11 073	13 958	11 662
Ungelernte Arbeiter	48	128	106
Beteiligte	11 099	15 196	14 201
Frauen, 18 Jahre und älter .	30	83	73
Beteiligte	458	2 461	2 823
Jugendlich unter 18 Jahren .	34	77	58
Beteiligte	1 900	3 623	2 460

Es kommt eine große Zahl Beteiligter in Betracht, von denen wahrscheinlich nur eine kleine Anzahl in allen drei Jahren mit Unfällen zu tun hatte, so daß es sich um verschiedene Werkführer, Arbeiter und Arbeiterinnen handelt. Die Werkführer erlangten den Höchstlohn in 1921, und zwar mit 183 Rappen, ebenso die gelernten und angelernten Arbeiter mit 162 Rappen. Im Jahre 1921 setzte der Lohnabbau ein, der die Löhne erheblich wieder zurückbrachte bis 1923, mit welchem Zeitpunkt allerdings auch im allgemeinen ein Stillstand eintrat, der bis heute anbauert. In mehreren Fällen sind in den letzten zwei Jahren durch gewerkschaftliche Kämpfe auch wieder Lohnerhöhungen errungen worden.

Da es sich in den obigen Lohnangaben um Durchschnittslöhne handelt, so wird eine kleinere Anzahl der Beteiligten darüber hinaus Löhne erhalten haben, die meisten aber unter dem Durchschnitt geblieben sein, da bekanntlich bei Durchschnittsberechnungen eine kleine höhere Zahl gegenüber vielen kleineren Zahlen den Durchschnitt in die Höhe zu schrauben vermag.

Prozentual stiegen die durchschnittlichen Stundenlöhne von 1913 bis 1920/21 um 126 Proz. für die Jugendlichen, bis 177 Proz. für die Arbeiterinnen, die Tagesverdienste um 114 Proz. für gelernte Arbeiter, bis 131 Proz. für ungelernte Arbeiter, was eine Verringerung des großen Unterschiedes der Löhne der gelernten gegenüber den ungelernten Arbeitern bedeutete. Im Jahre 1923 standen die reduzierten Stundenverdienste gegenüber 1913 noch um 71 Proz. für Jugendliche bis zu 143 Proz. für Frauen, die Tagesverdienste um 73 Proz. für Jugendliche bis 106 Proz. für Werkführer höher. Die Stundenverdienste sind mit Ausnahme der Verdienste der Jugendlichen durchweg stärker gestiegen als die Tagesverdienste, was in erster Linie auf die Verkürzung der Arbeitszeit zurückzuführen ist. Man darf sich nicht täuschen lassen durch den hohen Prozentsatz, um den 1923 die Löhne noch über jenen von 1913 standen, denn die durchschnittlichen Stundenlöhne von 106 Rappen für die erwachsenen ungelernten Arbeiter, von 73 Rappen für die erwachsenen Arbeiterinnen und von 58 Rappen für die Jugendlichen müssen angesichts der heute noch bestehenden Teuerung als unzulänglich bezeichnet werden; wobei außerdem nicht zu vergessen ist, daß die meisten Löhne dieser Arbeitergruppen unter dem Durchschnitt stehen.

Von den 17 Gewerbegruppen der Lohnstatistik standen verhältnismäßig am höchsten Ende 1923 gegenüber 1913: Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit 135 Proz. für gelernte und 119 Proz. für ungelernte Arbeiter, sodann Elektrizitätswerke mit 129 Proz. und 116 Proz., während anderseits Uhrenindustrie mit 72 Proz. für Gelernte sowie Metall- und Maschinenindustrie mit 86 Proz. für Ungelernte in letzter Linie standen.

Nun der Preisabbau. Als im Jahre 1921 die Wirtschaftskrise mit aller Schärfe einsetzte, erscholl von allen Seiten der Ruf nach Preisabbau, nach Milderung der Teuerung. Aber aus den gewerblichen und kaufmännischen Kreisen der Nutznießer der Wucherpreise und Wuchergewinne kam die gegenteilige Forderung: Erst Lohnabbau und dann erst Preisabbau! Und so wurde es dann auch gemacht, wie die vorstehende Lohnstatistik zeigt. Mit der Krise hatte eine furchtbare Arbeitslosigkeit eingesetzt, die mit rund 100 000 Ganzarbeitslosen und 46 701 Kurzarbeitern im Februar 1922 ihren Höhepunkt erreichte, von da ab allmählich wieder abnahm, aber auch jetzt noch, im November 1925, 15 754 Personen umfaßt. Unter diesen Umständen blieben die Abwehrkämpfe der organisierten Arbeiterschaft gegen Lohnreduktionen usw. entweder ohne jeden Erfolg oder sie konnten die Verschlechterungen nur etwas mildern. Die Krise mit ihrer verheerenden Arbeitslosigkeit hatte auch sofort die Gewerkschaften durch große Mitgliederverluste empfindlich geschwächt, so daß ihre Mitgliederzahl von 223 588 in 1919 auf 151 401 in 1923 zurückging, worunter natürlich auch die gewerkschaftliche Kampffähigkeit litt.

Die Teuerung erreichte im Oktober 1920 mit einer Jahresausgabe von rund 2700 Franken gegenüber 1043 Franken im Juni 1914 für die bloßen Ernährungskosten, also mit 23,5 Proz., nach dem Index des Verbandes schweizerischer Konsumvereine ihren Höhepunkt. Seither ist sie zurückgegangen mit mehr oder weniger erheblichen Schwankungen, die sich um eine gewisse Mittellinie von 70 Proz. bewegen, die dauernden Bestand zu behaupten scheint. Im November 1925 betrug der Index 62,6 Proz. oder absolut 1734,79 Franken, womit der tiefste Stand dieses Jahres erreicht wurde. Die gegenwärtigen Preise der wichtigsten Lebensmittel, die aber von Stadt zu Stadt verschieden sind, betrugen für 1 Kilogramm Brot 52 bis 60 Rp., 1 Liter Vollmilch 36 bis 45 Rp., 1 Kilogramm Weißmehl 70 bis 80 Rp., 1 Kilogramm Kartoffeln 15 bis 20 Rp., 1 Kilogramm Teigwaren 90 bis 115 Rp., 1 Kilogramm Ochsenfleisch 160 bis 190 Rp., 1 Kilogramm Schweinefleisch 180 bis 250 Rp (Genf), 1 Kilogramm Kalbfleisch 190 bis 270 Rp., 1 Kilogramm Schweineschmalz 120 bis 170 Rp., 1 Kilogramm Tafelbutter 520 bis 700 Rp., 1 Kilogramm Käse 340 bis 400 Rp., 1 frisches Ei 25 bis 35 Rp., 100 Kilogramm Briketts ins Haus geliefert 600 bis 1100 Rp. — Das sind wahrhaft gewaltige Preisunterschiede von Ort zu Ort, denen aber nicht auch gleichartig abgestufte Lohnunterschiede entsprechen, so daß Orte mit geringeren Löhnen höhere Preise haben.

Die protektionistische Agrarpolitik der Schweiz nach dem Vorbild des früheren kaiserlichen Deutschland mit hohen Zöllen, Millionensubventionen aus den Staatskassen (1924 12 Millionen Franken aus der Bundeskasse und ebenfalls 12 Millionen Franken aus den

Staatskassen der 25 Kantone, zusammen 24 Millionen Franken) und steten Preistreibereien der bäuerlichen Organisationen haben die Schweiz mit zu dem teuersten Lande der Welt gemacht, so daß bekanntlich sich die Diplomaten beim Völkerbund in Genf darüber beschwerten und schon von Verlegung des Sitzes des Völkerbundes aus diesem Grunde gesprochen wurde. Ein Vergleich der Lebenskosten der Schweiz mit dem Ausland bietet folgendes Bild: Setzt man diese Kosten auf 100 für die Stadt Bern, so betragen sie demgegenüber in Mailand 81, Wien 84, Berlin 86, Rom 87, Paris 88, Amsterdam 94, Stockholm 110 und London 121. Also sechs europäische Hauptstädte sind billiger als Bern bzw. die Schweiz und nur die beiden Städte Stockholm und London bzw. Schweden und England weisen höhere Preise auf.

Das Verhältnis von Arbeitslohn und Lebenskosten kann auch durch die wachsende Kaufkraft des Geldes veranschaulicht werden. Im Kleinhandel galten die vollwertigen 5 Franken von 1914 im Juli 1921 nur noch 2,44 Franken, weniger als die Hälfte; 1922 3,14 Franken, 1923 3,01 Franken, 1924 2,96 Franken und Juli 1925 3,01 Franken. Die Kaufkraft des Frankens beträgt für die alltäglichen Lebensmittel nur noch 60 Proz.

Natürlich erschöpft sich die Teuerung nicht in den bleibenden hohen Lebensmittelpreisen. Die Wohnungspreise sind in den Städten zu wahren Wucherpreisen geworden, die 30 Proz., 40 Proz. und 50 Proz. des Lohneinkommens vieler Arbeiter und Angestellter ausmachen. Und dabei ist dieser räuberische Wucher noch nicht zum Stillstand gekommen, er wird fortgesetzt, und zwar besonders im Frühjahr 1926, wenn die Mieterschutzverordnung des Bundes aufgehoben und „freie Bahn" den Mietzinswucherern geboten wird. Wehe euch, ihr proletarischen Mieter!

Erdrückend erhöht wurden gegenüber der Vorkriegszeit auch die Steuern und viel teuerer geworden sind alle Bedarfsartikel.

Der Lohnabbau ist zum Stillstand gekommen, aber auch der Preisabbau, wobei die Preise bzw. die gesamten Kosten der Lebenshaltung auf einer höheren Stufe stehen als die Arbeitslöhne. Was nottut, und zwar im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, das ist eine weitere Herabsetzung aller Preise, der Mietzinsen usw., wenn man nicht die Löhne um wenigstens 20 Proz. erhöhen will, wogegen sich aber insbesondere die Exportindustrie sträubt wegen ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte. Heute besteht ein Mißverhältnis zwischen dem Lohneinkommen der großen Masse der unbemittelten Bevölkerung und den Kosten der gesamten Lebenshaltung, worunter die gesamte Volkswirtschaft leidet. Die Beseitigung dieses Mißverhältnisses würde die Gesundung des gesamten Wirtschaftslebens bedeuten! Z.

Aus unseren Berufskreisen.

Die Arbeitsmarktlage in Offenbach a. M. am 31. Dezember in unseren Berufen. Am 31. Dezember 1925 wurden 434 stellensuchende Sattler und 1214 Portefeuiller gemeldet. Am 18. Dezember waren es nur 233 Sattler und 732 Portefeuiller, die Arbeitsmarktlage in Offenbach hat sich mithin erheblich verschlechtert.

Im „Süddeutschen Tapezierer- und Sattlermeister", Heft 24, finden wir unter der fetten Ueberschrift: „Die Arbeitsgemeinschaft der Innungsverbände der Tapezierer", anscheinend als selbständigen Artikel der Redaktion genannter Zeitung, was wir in unserer Nr. 45 vom 6. November auf Seite 183 darüber berichtet haben. Es handelte sich um jenen reaktionären Antrag des Thüringer Landesverbandes, der allen in Arbeit Stehenden verbieten will, Arbeiten auf eigene Rechnung auszuführen und anderes. Wir haben dieses zünftlerische Gebaren entsprechend gekennzeichnet. Da die Süddeutschen dieses ohne Quellenangabe abgedruckt haben, wird der Anschein beim Leser erweckt, als sei dies eine eigene Meinung der Redaktion dieses Blattes. Wenn es sich da nicht um einen Lapsus handelte, wäre das immerhin sehr bemerkenswert dafür, daß man in Süddeutschland weniger zünftlerisch denkt als in Preußen-Berlin.

Eine Polsterwarenfabrik im Hochwasser. Die Polsterwarenfabrik Bertram Schrot in Allendorf liegt zwischen zwei Armen der Werra. Infolge der eingetretenen Schneeschmelze in den letzten Wochen ist wie überall an den Flußläufen auch das Wasser der Werra über die Ufer getreten. Die Gegend um Allendorf gleicht einem großen See. Am Neujahrstage mußten die Rettungsmannschaften bei der Firma Schrot das gesamte Material aus den unteren Räumen in die höher gelegenen Stockwerke schaffen. Die unteren Fabrikräume stehen vollständig unter Wasser. Leider trifft dieses unsere Kollegen, die bei der Firma arbeiten, äußerst hart. Dieselben müssen solange aussetzen, bis sich das Wasser aus den Fabrikräumen wieder verlaufen hat. Das Jahr 1926 nimmt somit keinen guten Anfang. Neben Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auch Hochwasserschäden.

Die Arbeitslosigkeit im Verbande der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller Ende Dezember 1925.

Von 195 Verwaltungsstellen mit 32 269 Mitgliedern, davon 6041 weiblichen, haben 159 Verwaltungsstellen berichtet. Diese hatten 25 232 männliche und 5785 weibliche, zusammen 31 017 Mitglieder. Nicht berichtet haben 36 Verwaltungsstellen mit 996 männlichen und 256 weiblichen, zusammen 1252 Mitgliedern.

Am letzten Arbeitstage waren arbeitslos 6358 männliche, 1489 weibliche, zusammen 7847 Mitglieder. Das sind 25,8 Proz. Erwerbslose gegenüber 13,9 im November und 9,4 Proz. im Oktober, eine ganz außerordentliche Verschärfung der Arbeitslosigkeit. Ebenso hat sich die Zahl der Kurzarbeiter gesteigert. Verkürzt arbeiteten:

	Zahl der Arbeiter männl.	weibl.	zusammen
1 bis 8 Stunden	1105	229	1334
9 bis 16 Stunden	1789	617	2406
17 bis 24 Stunden	5132	1511	6643
25 Stunden und mehr . . .	399	133	532
Zusammen:	8425	2490	10915

Das sind 35,2 Proz. Kurzarbeiter gegen 24,1 im November und 18,5 im Oktober. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich mithin um 11,4, die der Kurzarbeiter um 11,1 Proz. seit Ende November gesteigert.

Unser Verband ist einer von jenen, die besonders hart von der Arbeitslosigkeit heimgesucht werden. Leider sind auch die Aussichten auf eine baldige Besserung der Arbeitsmarktlage nicht sehr rosig. Vor allem muß erst wieder eine Regierung geschaffen werden, zu der man Vertrauen haben kann. Auch hier sieht es ziemlich trostlos aus. Man verhandelt, sondiert und sortiert, kommt aber zu keinem befriedigenden Ergebnis.

In Offenbach waren am 8. Januar 502 stellungsuchende Sattler und 1321 stellungsuchende Portefeuiller eingetragen.

In Berlin sind zurzeit 2700 Arbeitslose eingetragen, darunter 300 weibliche und 800 Tapezierer.

Korrespondenzen.

Essen. Am 9. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war. Auch unser Gauleiter Gehring war anwesend.

Der Quartals- und Jahresbericht ergab, daß sich unsere Filiale im verflossenen Jahre gut entwickelt hat. In der Lohnbewegung im Frühjahr konnten wir durch einen zehntägigen Streik unsere Forderungen durchsetzen. Dann waren wir in der Lage, im September nochmals eine Lohnaufbesserung von 6 Proz. ohne Kampf zu erringen. Ordnung ist noch zu schaffen in der Matratzen- und Stapelmöbelbranche. Es ist auch gelungen, in einzelnen Betrieben der Umgegend von Essen Fuß zu fassen. Wir hoffen, bei Wiederbeleben der Wirtschaft, was wir dort gesät, auch in Frucht aufgehen zu sehen. Der Verwaltung wurde in der Aussprache für ihre Arbeit Anerkennung zuteil. Der Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer wurden einstimmig wiedergewählt. Als Stellvertretende wurden jüngere Kollegen gewählt, um einen Nachwuchs heranzubilden.

Dann kam die Kandidatenfrage zum Verbandstag zur Sprache. Es lag ein Schreiben der Filiale Düsseldorf vor, in welchem ersucht wurde, von einem Vorschlag unsererseits Abstand zu nehmen und ihren Kandidaten zu unterstützen. Von verschiedenen Kollegen wird darauf hingewiesen, daß wir schon beim letzten Verbandstag zugunsten Düsseldorfs auf einen eigenen Kandidaten verzichtet hatten. So konnten wir diesmal etwas Toleranz von der Filiale Düsseldorf erwarten. Da das nicht der Fall ist, bringen wir unseren Vorsitzenden Giesbert in Vorschlag.

Dann schilderte Gauleiter Gehring die augenblickliche miserable Wirtschaftslage und kennzeichnete hauptsächlich die Ursachen derselben. Er zerpflückte die Thesen der Unternehmer, daß längere Arbeitszeit und Abbau der Löhne zum Wiederaufstieg führen könnten. Solange die Kaufkraft durch Entlassungen und Kurzarbeit sinkt, ist auch keine Wiederbelebung des Marktes zu erwarten. Unsere Aufgabe ist es, auch in Zeiten der Krise die Organisation hochzuhalten, Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse abzuwehren und das bisher Errungene zu verteidigen. Den Ausführungen folgte lebhafter Beifall.

Kollege Berger wird sich der Aufgabe widmen, jüngere Kollegen zu besonderen Sitzungen heranzuziehen, um auf diese Weise — mit Unterstützung der Gauleitung — einen Nachwuchs für unsere Organisation heranzubilden. — Am 5. Februar nächste Versammlung, die sich mit Anträgen zum Verbandstag befassen wird. — Anwesend zirka 80 Kollegen und Kolleginnen. B.

Speyer. Generalversammlung am 9. Januar. In der Stellungnahme zum Verbandstag wurde beschlossen, für den von Mannheim aufgestellten Delegierten zu stimmen. Aus unserer Lokalkasse erhielt jeder Erwerbslose zu Weihnachten ein Geschenk von 5 Mk., trotzdem konnte sie noch einen kleinen Ueberschuß aufweisen.

Da der Vorsitzende aus familiären Gründen seinen Posten niederlegte, wurde dafür Kollege Grimm und als Kassierer Zickgraf gewählt. Alle anderen Posten bleiben wie bisher besetzt. Trotz gegnerischer Opposition setzen wir in den Ortsvorstand das Vertrauen, daß er allen Pflichten und schweren Aufgaben im laufenden Jahr gerecht wird. Kollege Grimm fordert am Schluß auf, dem Verband die Treue zu halten und durch taktkräftige Agitation die noch Fernstehenden dem Verband zuzuführen.

Wollen Großes wir erringen und Gewaltiges bezwingen, wollen wir brechen unsere Ketten, uns aus dem Sklaventum zu retten und nach Höherem zu streben, unser Sein nach Edlem kneten, müssen alle festvereint, heißerfüllt mit Selbstvertrauen, an dem großen Ziele bauen

Schäfer.

Rundschau.

Zur **Arbeitslosenfrage** entnehmen wir dem neuesten Heft für Wirtschaft und Statistik folgende Angaben: Im November betrug nach den Angaben der Gewerkschaften die Zahl der Arbeitslosen insgesamt 10,7 v. H., die der Kurzarbeiter 15,5 v. H. Am stärksten betroffen waren von der Arbeitslosigkeit die Produktionsmittelindustrien mit 18,7 v. H. und die Verbrauchsgüterindustrien mit 7,2 v. H., in der Kurzarbeit sogar mit 16,3 und 19,9 v. H.

Ueber die Arbeitslosigkeit im Ausland liegen für November nur von England Angaben vor. Dort waren 11,0 v. H. arbeitslos. Soweit für die übrigen Länder für frühere Monate Angaben vorliegen, ergibt sich die furchtbare Tatsache, daß die Misere der Arbeitslosigkeit, mit verhältnismäßig geringen Schwankungen, überall die gleiche ist.

In Deutschland hat sich, nach den Meldungen vom 7. Januar, die Reichsregierung endlich aufgerafft und hat zu dem Erwerbslosenproblem Stellung genommen. Im Reichsarbeitsministerium fanden Besprechungen mit Vertretern der Länder statt. Man stimmte den Vorschlägen des Ministers zu. Danach sollen auch höher bezahlte Angestellte in die Erwerbslosenfürsorge einbezogen werden. Auch den sonstigen Vorschlägen wurde zugestimmt. Die Mehrheit der Ländervertreter erklärte sich auch für Einführung eines Reichsausgleichs zwischen den verschiedenen Beitragssätzen.

Bezüglich der produktiven Erwerbslosenfürsorge werden wesentliche Verbesserungen angekündigt. Gemeinden, die Notstandsarbeiten vornehmen, soll statt bisher das Dreifache pro Kopf das Fünffache des in der Gemeinde geltenden Satzes der Erwerbslosenunterstützung für jeden Beschäftigten vergütet werden.

Diese Zuschüsse werden als Darlehen gegeben, die mit 5 Proz. verzinst, nach zehn Jahren zurückgezahlt werden sollen; bisher mußten sie zum Reichsdiskontsatz verzinst werden. Es soll auch gestattet sein, solche Erwerbslose zu Notstandsarbeiten heranzuziehen, die nicht mehr unterstützungsberechtigt sind, weil sie bereits 26 Wochen erwerbslos sind.

Aus den Mitteln des Reichs und der Länder sollen insgesamt 200 Millionen Mark für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge bereitgestellt und verwendet werden.

Es dünkt uns, als wenn diese Maßnahmen reichlich spät kommen und durchaus unzureichend sind, um der Not der Erwerbslosen zu steuern. Selbst wenn man sofort damit beginnt, was aber auch noch sehr fraglich erscheint.

Bücherschau.

Fritz Großmann. Was muß man von Tapeten und Linoleum wissen. Verlagsgesellschaft m. b. H., Hannover. Preis 2 Mk. — Wieder ein Fachlehrbuch über Tapetenkleben und Linoleumverlegen. Der Verfasser sagt im Vorwort: Da meine langjährigen Beobachtungen nur zeigten, daß der wichtigste Grund schlecht hergerichteter Wände und Fußböden in Feuchtigkeit und Salpeterfraß zu suchen ist, so habe ich diesen Uebeln und ihrer Bekämpfung besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Wir können das Buch als eine gute Bereicherung der einschlägigen Fachliteratur nur bestens empfehlen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme an anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Fahrzeugindustrie.

Berlin. Eine Einigung ist bisher nicht erfolgt. Die Aussperrung geht weiter.

Stuttgart. In den Karosseriebetrieben sind Differenzen ausgebrochen. Die Kollegen stehen im Ausstand.

Tapezierergewerbe.

Wiesbaden. Die Firma Hollighaus, Stapelmöbelbetrieb, hat ausgesperrt.

Meidet streng die ausgesperrten Orte!

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Am Jahresschluß muß jedes Mitgliedsbuch in Ordnung gebracht sein.

Vom 24. bis 30. Januar ist der 4. Beitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung ist die Voraussetzung zur Sicherung der Kampfkraft des Verbandes und der Ansprüche auf die Unterstützungseinrichtungen.

Berlin. Unser Kollege, der Sattler Gustav Fenske, gehört dem Verbande 25 Jahre als Mitglied an. Ebenso der Portefeuiller Wilhelm Tönges.

Adressenveränderungen.

Karlsruhe. Kass.: A. Heimann, Ettlingerstr. 1, IV.
Danzig. Vors.: Max Meckias, Langarter Wall 9.
Münster i. W. Vors.: Heribert Scholz, Lütkegasse 6, II.
Jena. Vors.: Karl Ellrich, Mühlenstr. 67, II.
Fürstenwalde. Kass.: Heinrich Sabeck, Rauener Str. 15.
Speyer. Vors.: Oskar Grimm, St. Klarakloster 35. Kass.: Ernst Zickgraf, Ludwigstr. 4.
Swinemünde. Kass.: Carl Machions, Gr. Kirchenstraße 56, I.
Delmenhorst. Vors.: Paul Martens, Oldenburger Straße 197.
Dessau. Kass.: Richard Klimpt, Amalienstr. 67.
Stargard. Vors.: B. Blasing, Heiligegeiststr. 27.

Sterbetafel.

Berlin. Am 25. Dezember 1925 starb unser Kollege, der Linoleumleger Wilhelm Weidenbrück, im Alter von 57 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: M. Necker, Berlin. Verlag: B. Blum, Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.